

Straßenverkehr und Recht

Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofs zu den Themen Sicherheitsabstand, Blinkzeichen bei Radarmessung und Körperverletzung infolge Alkoholisierung (Doppelbestrafungsverbot).

Sicherheitsabstand

Ein Pkw-Lenker wurde für schuldig befunden, am 9. Dezember 2003 auf der Tauernautobahn zu dem nächsten vorausfahrenden Fahrzeug keinen solchen Sicherheitsabstand eingehalten zu haben, dass ihm jederzeit das rechtzeitige Anhalten möglich gewesen wäre. Der Abstand zum vorausfahrenden Fahrzeug habe bei einer Geschwindigkeit von 110 km/h weniger als eine Fahrzeuglänge (etwa 5 m) betragen, weshalb der Lenker infolge „besonders gefährlichen Verhältnisse“ und „besonderer Rücksichtslosigkeit“ gegenüber anderen Straßenbenutzern gem. § 18 Abs. 1 iVm § 99 Abs. 2 lit. c StVO zu einer Geldstrafe in Höhe von 360 Euro bestraft wurde. Den Bescheid rügte der Lenker unter anderem mit dem Argument, die belangte Behörde sei zu Unrecht von besonders gefährlichen Verhältnissen bzw. besonderer Rücksichtslosigkeit seinerseits ausgegangen. Außerdem sei das von ihm gelenkte Kfz von der Bauart höher als das vordere Auto, weshalb er das Verkehrsgeschehen besser beobachten und folglich schneller reagieren hätte können.

Nach ständiger Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs (VwGH) ist gemäß § 18 Abs. 1 StVO jedenfalls ein Mindestabstand einzuhalten, der etwa der Länge des Reaktions(Sekunden)wegs entspricht. Dies sind drei Zehntel der Höhe der eingehaltenen Geschwindigkeit in km/h, was für diesen Fall – auf Grund der Fahrgeschwindigkeit



Abstandsmessgerät: „Besondere Rücksichtslosigkeit“ bei einem Abstand von weniger als fünf Metern zum vorausfahrenden Kfz auf der Autobahn.

von 110 km/h – etwa 33 m gewesen wären.

Bezüglich der Rüge des Fahrzeuglenkers, die Behörde sei zu Unrecht von „besonders gefährlichen Verhältnissen“ bzw. „besonderer Rücksichtslosigkeit“ seinerseits ausgegangen, merkte das Höchstgericht an, dass „unter besonders gefährlichen Verhältnissen“ eine Situation zu verstehen sei, wenn sie unter Umständen erfolge, unter denen nach allgemeiner Erfahrung der Eintritt eines besonders umfangreichen, schweren und zunächst gar nicht überblickbaren Schadens zu erwarten bzw. wahrscheinlich sei und dem Lenker die Verschärfung der Verkehrssituation bewusst gewesen sei oder er sie zumindest erkennen hätte müssen und sich dennoch auf die höheren Gefahrenmomente eingelassen habe.

Es ist allgemein bekannt, dass bei Unfällen mit einer Geschwindigkeit von 110 km/h schwerste Personen- und Sachschäden entstehen können und bei Unterschreitung des notwendigen Min-

destabstands bei diesem Tempo „besonders gefährliche Verhältnisse“ vorliegen (vgl. dazu VwGH Erkenntnis vom 27.03.1979, Zl. 2060/78).

Die „besondere Rücksichtslosigkeit“ lässt sich aus dem Verhalten des Täters gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern insbesondere erkennen, wenn zu einem Tatbestand der Straßenverkehrsordnung, der eine mangelnde Rücksichtnahme gegenüber anderen Straßenbenutzern beinhaltet, ein besonderes Übermaß mangelnder Rücksichtnahme hinzutritt (vgl. VwGH Erkenntnis vom 25.09.1986, Zl. 86/02/ 0058). Dass eine eklatante Unterschreitung des notwendigen Mindestabstands – wie im gegenständlichen Fall – von etwa 33 auf 5 m eine besondere Rücksichtslosigkeit gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern darstellt, braucht nicht weiter erläutert zu werden.

Auch dem Argument der höheren Bauart seines Wagens und der daraus folglich besseren Sicht nach vorn

entgegnete der VwGH, dass sich Gründe für eine plötzliche Verminderung der Fahrgeschwindigkeit nicht ausschließlich auf Situationen beschränken, die sich vor dem voranfahrenden Fahrzeug ereignen. Daher ist auch unerheblich, ob das vom Beschwerdeführer gelenkte Fahrzeug höher als das voranfahrende Fahrzeug war.

Die Beschwerde wurde gemäß § 35 Abs. 1 VwGG ohne weiteres Verfahren als unbegründet abgewiesen.

VwGH 2006/02/0040,
31.3.2006

Radarmessung: Warnen mit Blinkzeichen

Einem Kfz-Lenker wurde zur Last gelegt, er habe ein optisches Warnzeichen abgegeben, obwohl die Verkehrssituation dies nicht erfordert habe. Dadurch liege eine Verletzung iS des § 22 Abs. 1 zweiter Satz StVO vor. Begründend führte die Behörde aus, dass der Lenker die Lichtzeichen als „Warnung“ anderer Verkehrsteilnehmer vor Organen der Straßenaufsicht abgab, die Geschwindigkeitsmessungen mittels Radar vornahmen.

Der Verfassungsgerichtshof hat bereits in seinem Erkenntnis vom 11. Oktober 1975 (B 227/75) zu § 22 StVO folgende Rechtsmeinung vertreten: Ein Verbot für die Abgabe von Blinkzeichen ist weder in der Bestimmung des § 22 StVO noch in einer anderen Bestimmung des Gesetzes enthalten. Es fehlt demnach an einer Norm, nach der die Abgabe von Blinkzeichen



DR. JOHANNES FEICHTINGER

ÖFFENTLICHER NOTAR

FABRIKSGASSE 6
2620 NEUNKIRCHEN

TEL.: 02635/62437, 62797, FAX: 62707-5
E-Mail: notar.feichtinger@netway.at



RECHTSANWALT
DR. MICHAEL MATHES

Marc Aurel-Strasse 6
1010 Wien

Telefon: 01-512 51 51
Telefax: 01-513 87 71



Nicht strafbar ist, andere Lenker durch Blinkzeichen vor einer Geschwindigkeitsmessung zu warnen.

mit Strafe bedroht ist, wenn die Verkehrssicherheit deren Abgabe nicht erfordert. Sollte damit allerdings eine Blendung von Straßenbenützern verbunden sein, so wäre eine Verwaltungsübertretung nach § 99 Abs. 3 lit g leg. cit. gegeben und nach dieser Bestimmung eine Strafe zu verhängen, sofern nicht ein Verstoß gegen kraftfahrrechtliche Bestimmungen vorliegt. Da, wie der VfGH mehrfach ausgesprochen hat, der Gesetzgeber unmissverständlich auszusprechen habe, wo er strafen wolle, in der Bestimmung des § 22 StVO aber die Abgabe von Blinkzeichen nicht als strafbare Handlung erklärt und sich auch sonst in der StVO kein diesbezügliches Verbot finde, fehlt für die Verhängung einer Geldstrafe nach § 99 Abs. 3 lit. a leg. cit. die Rechtsgrundlage.

Der Rechtssicht des Verfassungsgerichtshofs schloss sich auch der Verwaltungsgerichtshof an und distanzierte sich von der geäußerten Ansicht im Erkenntnis vom 14. Dezember 1988 (GZ 88/02/0160, 0161). Beide Höchstgerichte sind sich nunmehr einig, dass das Abgeben von Blinkzeichen (Lichthupe oder andere optische Zeichen), um andere Verkehrsteilnehmer z. B. vor einer Radarmessung zu warnen, nicht verboten und

sohin auch nicht strafbar sind. Der angefochtene Bescheid wurde in Ansehung der Verwaltungsübertretung nach § 22 Abs. 1 zweiter Satz StVO wegen Rechtswidrigkeit seines Inhalts aufgehoben.

VwGH 2006/02/0168,
30.10.2006

Alkoholisierung: Doppelbestrafungsverbot

Am 29. Juni 2003 um 2.23 Uhr verursachte ein Fahrzeuglenker einen Verkehrsunfall wodurch er sich einer Körperverletzung gem. § 88 Abs. 1 u 4 (2. Fall) und § 89 StGB schuldig machte, ging sodann zu einer Veranstaltung, verließ diese etwa gegen 7 Uhr morgens und wurde in Folge beim Lenken seines Kfz in einem durch Alkohol beeinträchtigten Zustand (1,02 Promille Blutalkoholgehalt) betreten. Über ihn wurde eine Geldstrafe verhängt.

Gegen die Verwaltungsübertretung erhob der Fahrzeuglenker Berufung und bekam von der belangten Behörde Recht, die auch das Verfahren gem. § 45 Abs. 1 VStG einstellte.

Unter Hinweis auf § 99 Abs. 6 lit. c StVO und Art. 4 Abs. 1 7. ZPMRK begründete die belangte Behörde ihre Entscheidung damit, dass der Fahrzeuglenker be-

reits vom Strafgericht nach den §§ 88 Abs. 1 und 4 und 89 StGB verurteilt worden sei, weil er durch Außerachtlassen der im Straßenverkehr erforderlichen Vorsicht und Aufmerksamkeit infolge alkoholbedingter, unaufmerksamer Fahrweise eine Person fahrlässig verletzt und das Leben, die Gesundheit und die körperliche Sicherheit einer anderen Person gefährdet habe.

Das Lenken eines Kraftfahrzeugs in einem durch Alkohol beeinträchtigten Zustand stelle einen für den gerichtlichen Tatbestand wesentlichen Umstand dar und bilde den Tatbestand einer in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden, strafbaren Handlung. Die Erstbehörde sei aus diesem Grund nicht berechtigt gewesen, den Fahrzeuglenker wegen einer Verwaltungsübertretung nach § 5 Abs. 1 StVO gesondert zu bestrafen.

Gegen diesen Bescheid wurde gem. Art. 131 Abs. 1 Z 2 B-VG Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof erhoben mit dem Argument, dass zwar die Überlegung der belangten Behörde zum „Doppelbestrafungsverbot“ grundsätzlich vertretbar sei,

jedoch verkenne die Behörde in diesem Fall, dass zwischen dem Verkehrsunfall, der zu einer gerichtlichen Verurteilung geführt habe, und der im Verwaltungsverfahren begangenen Tat ein Zeitraum von ca. fünf Stunden liege. Dazwischen habe er eine Veranstaltung besucht, weiter Alkohol konsumiert und im Kfz geschlafen. Von einem „fortgesetzten Delikt“ könne daher keine Rede sein. Der Fahrzeuglenker habe für die Begehung der Verwaltungsübertretung (gegen 7 Uhr) einen neuen Willensentschluss gefasst, das Fahrzeug zu lenken, sodass ein Zusammenhang zum Verkehrsunfall (2.23 Uhr) nicht hergestellt werden könne. Nach einem früheren Erkenntnis des VwGH vom 29. Jänner 1992, Zl. 92/02/0016 hat bereits eine kurze zeitliche Unterbrechung zwischen den beiden Taten zu einer Bestrafung geführt.

Der angefochtene Bescheid war daher gem. § 42 Abs. 2 Z 1 VwGG wegen Rechtswidrigkeit seines Inhalts aufzuheben.

VwGH 2004/02/0371,
15.4.2005

Christina Fichtinger

ALKOVORTESTGERÄTE

Schnelle Tests

Seit Beginn des Einsatzes am 15. Dezember 2005 bis Ende September 2006 gab es mit den neuen Vortestgeräten fast 200.000 Messungen. Bei sieben Prozent aller Lenker war der Vortest positiv, der gerätespezifische Wert von 0,22 mg/l wurde erreicht oder überschritten. Bei knapp 80 Prozent der positiven Vortests wurde durch die Alkomatmessung eine Alkoholisierung festgestellt. Derzeit hat die Poli-

zei 390 Vortestgeräte; im ersten Quartal 2007 sollen es 690 werden.

Zweck der Vortestgeräte ist die Vorselektion von Lenkern bei Schwerpunktaktionen. Die Geräte reagieren schnell: einschalten, hineinblasen und den Wert am Display ablesen – das ist der Prüfungsvorgang. Es müssen nur mehr die Fahrzeuglenker mit positivem Vortest zum zeitaufwändigeren Test mit dem Alkomaten gebracht werden.

Otmar Bruckner



DR. GEORG ZAKRAJSEK DR. ROBERT LÖFFLER

öffentliche Notare

A-1070 Wien, Museumstraße 5
Telefon +431 523 31 88 • Fax +431 523 37 55

E-Mail: zakrajsek.loeffler@notar.at



Rechtsanwälte

DR. PETER FICHTENBAUER

DR. KLAUS KREBS

DR. EDELTRAUD FICHTENBAUER

1010 Wien, Kärntner Ring 10
Telefon ++43 (0) 1/505 76 22
Fax ++ (0) 1/505 76 22-499